Antrag auf Erteilung der Zustimmung zur Anerkennung der Vaterschaft
(§§ 85a ff. AufenthG)

Ich beantrage die Erteilung der Zustimmung zur Anerkennung der Vaterschaft.

Bitte beachten Sie, dass zur Einleitung des Verfahrens zusätzlich ein Antrag der Kindesmutter erforderlich ist.

A. Persönliche Angaben zum anerkennenden Vater **Antragsdatum:** _____

1. Angaben zur eigenen Person	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Aufenthaltsrechtlicher Status:	
2. Angaben zur Kindesmutter	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Aufenthaltsrechtlicher Status:	
3. Angaben zum Kind (nur auszufüllen bei Anträgen nach Geburt des Kindes)	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Geburtsort:	

4. Angaben zu eigenen weiteren Kindern (soweit vorhanden)

1. Kind	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Aufenthaltsrechtlicher Status:	
2. Kind	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Aufenthaltsrechtlicher Status:	
3. Kind	
Name, Vorname:	
Adresse:	
Staatsangehörigkeit:	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ):	
Geburtsort:	

B. Angaben zum Sachverhalt

1. Haben Sie die Kindesmutter nach der Geburt des Kindes geheiratet?

☐ Nein ☐ Ja

Falls ja: Nachweis (z. B. Heiratsurkunde):

☐ liegt bei ☐ wird nachgereicht ☐ nicht vorhanden

2. Leben Sie mit der Kindesmutter in einer gemeinsamen Wohnung?

☐ Nein ☐ Ja

Falls ja: seit wann? ____

☐ Meldebescheinigung liegt bei ☐ wird nachgereicht

3. Welche Sprache(n) sprechen Sie?

____

4. Wie haben Sie die Kindesmutter kennengelernt?

____

5. Haben Sie in den letzten vier Jahren bereits mehr als zweimal die Vaterschaft für Kinder verschiedener Mütter anerkannt?

☐ Nein ☐ Ja

Falls ja: C. Pflichtangaben zu früheren Fällen auf S. 4 auszufüllen

6. Liegt bereits die Zustimmung oder Ablehnung zur Anerkennung der Vaterschaft für ein anderes Kind vor? ☐ Nein ☐ Ja (Falls ja, bitte eine Kopie der Entscheidung beilegen)

7. Wurde Ihnen im Zusammenhang mit der Anerkennungsentscheidung ein Vermögensvorteil gewährt oder versprochen?

☐ Nein ☐ Ja (Falls ja, welche Art des Vorteils): ____

(Nr. 8 – 10 nur auszufüllen bei Anträgen **nach Geburt des Kindes**)

8. Leisten Sie Unterhaltszahlungen für das Kind? Falls ja, seit wann werden diese Leistungen bezahlt? Besteht eine vollstreckungsfähige Verpflichtung für die Zukunft zur Leistung der Unterhaltsleistungen?

9. Besteht ein über mindestens sechs Monate dauernder regelmäßiger Umgang zwischen Ihnen und dem Kind?

☐ Nein ☐ Ja

Regelmäßigkeit:

Umfang (z. B. Stunden/Übernachtungen):

Belege: ☐ liegt bei ☐ wird nachgereicht ☐ nicht vorhanden

z.B.: schriftliche Bestätigung der Kindesmutter, Nachrichten/Kommunikation zu den Umgangsterminen, Kalenderaufzeichnungen oder sonstige Nachweise

10. Liegt ein DNA-Test (im Sinne des § 17 GenDG) vor?

☐ Nein ☐ Ja

Falls ja: Ergebnis ☐ liegt bei ☐ wird nachgereicht

Falls nein: Besteht die Bereitschaft, einen solchen Test durchführen zu lassen?

☐ Nein ☐ Ja

C. Pflichtangaben zu früheren Fällen (falls in B.5 „Ja“) Für jeden Fall bitte angeben:

Name des betreffenden Kindes:

Datum der Anerkennung / Zustimmung:

Name und Ort der Ausländerbehörde:

Kopie der Entscheidung beigefügt: ☐ ja ☐ nein

D. Belehrung und Hinweise

Sie werden hiermit darauf hingewiesen, dass Sie verpflichtet sind, alle für die Entscheidung über Ihren Antrag auf Zustimmung zur Vaterschaftsanerkennung wesentlichen Tatsachen mitzuteilen, erforderliche Handlungen vorzunehmen und die Ihnen möglichen Nachweise vorzulegen (§ 85c Abs. 5 AufenthG). Dies betrifft insbesondere Tatsachen und Nachweise im Sinne des § 85b Abs. 2 und 3 Satz 2 AufenthG. Im Übrigen gilt § 82 AufenthG entsprechend.

Bitte beachten Sie, dass eine Nichterfüllung dieser Pflichten insbesondere zur Anwendung der Vermutungsregelung des § 85b Abs. 2 Nr. 5 AufenthG führen kann. Die Zustimmung zur Vaterschaftsanerkennung gilt als erteilt, wenn die Ausländerbehörde nicht binnen vier Monaten nach Eingang des Antrags entschieden hat (§ 85c Abs. 3 AufenthG), sofern keine Hemmung der Frist eingetreten ist.

Mit der Antragstellung wird das Prüfverfahren eingeleitet. Solange das Verfahren läuft, erfolgt keine Abschiebung der Beteiligten (§ 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG).

Diese Belehrung entspricht den gesetzlichen Vorgaben aus § 85c Abs. 6, Abs. 5, § 85b Abs. 2 Nr. 5, § 82, § 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG.

E. Richtigkeit und Vollständigkeit

☐ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

☐ Die Belehrung und Hinweise unter D. habe ich verstanden und zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller